

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittwochs nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postkonten Dresden Nr. 2486. — Stadtkonten Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Ein-
gefaßt 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellen-
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beiliegende Nebenblätter: Banlage-Beilage, Verkaufsliste von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Karl Weigle in Rähnitz-Grödenau.

Nr. 260

Dresden, Dienstag, 6. November

1928

Empfang Edeners beim Reichs- präsidenten.

Berlin, 5. November.

Nach 1/2 Uhr trafen Dr. Edener und die Besatzung des Luftschiffs im Palais des Reichspräsidenten ein. Auf dem Wege von Staaken bis zum Palais war der Auszug überall von der Bevölkerung mit lautem Jubel begrüßt worden. Vor dem Palais des Reichspräsidenten hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge angesammelt. Im großen Empfangssaal begrüßte Reichspräsident v. Hindenburg Dr. Edener und die Besatzung mit einem folgenden Ansprache: Daß es mit einer großen Freude ist, Sie meine Herren, die Erbauer, Führer und Besatzung des „Graf Zeppelin“ hier bei mir zu sehen, brauche ich wohl nicht besonders hervorzuheben. Es ist mit einer großen Freude, Sie persönlich kennenzulernen und Ihnen auszusprechen, wie sehr ich mich über Ihre Leistungen gefreut habe. Ihre Dienstreise hat das ganze deutsche Volk mit Spannung, Begeisterung und Hoffnung begleitet. Das Herz des ganzen deutschen Volkes schlug mit Ihnen, besonders während der Stunden der Ungewissheit und der gefährlichen Stunden der Stürme.

Aber mit Ihnen, Herr Dr. Edener, und Ihren Kameraden waren wir unterzogen in der Überzeugung, daß Ihr Flug glücken werde. Unser Vaterland steht in diesem neuen Luftschiff und in seiner längsten Führung über Meere und Kontinente eine deutsche Leistung, auf die es stolz ist im Bewußtsein seines Arbeitswillens und im Vertrauen auf seine Zukunft. Ich bin stolz, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen, wenn ich allen, die mit Kopf, Herz und Hand an der Schöpfung dieses Luftschiffs mitgewirkt haben, und allen, die es sicher durch Sturm und Gefahr geleitet haben, tiefempfundenen Dank und Anerkennung aussprechen. Sie haben damit eine nationale Tat vollbracht. Mit diesem Dank verbinde ich den Wunsch nach weiteren Erfolgen in der völkerverbindenden Arbeit des Luftschiffbaus. Der Flug und die Aufnahme des „Graf Zeppelin“ in Amerika haben gezeigt, wie sehr der Luftverkehr geeignet ist, mit meergefährdeten Völkern in gutes Einvernehmen zu gelangen. Mögen Ihnen, meine Herren, und dem deutschen Luftschiffbau weitere Erfolge beschieden sein. — Dr. Edener erwiderte u. a.: Hochzuverehrender Herr Reichspräsident! Ich bitte, zugleich im Namen der Besatzung, meinen herzlichen und ehrenden Dank sagen zu dürfen für die Begrüßungsworte, die Sie ausgesprochen die Worte hatten. Das Gefühl, das uns stets begleitet hat, war das Gefühl, auf dem richtigen Wege zu sein. Wir haben stets die feste Überzeugung gehabt, daß das Luftschiff das geeignetste Luftverkehrsmittel über den Ozean ist. Unsere drei Fahrten über das Atlantische Meer haben uns in dieser Überzeugung befestigt. Die Rückfahrt von Amerika hat

uns gezeigt, daß die Leistungsfähigkeit unserer Luftschiffe doch noch ein wenig zu wünschen übrig läßt, aber wir wissen, wie dies zu beheben ist. Und wir legen hier vor Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, das Gelübnis ab, daß wir alle unsere Kräfte einsetzen wollen, das uns überkommene Erbe im Sinne des Grafen Zeppelin zu verwalten. Wir bitten Sie, Herr Reichspräsident, unseren Bestrebungen auch weiterhin ein freundliches Interesse erhalten zu wollen.

Im Anschluß daran stellte Dr. Edener die Mitglieder der Besatzung, zunächst den Erbauer, Chefkonstrukteur Dr. Tietz, dem Reichspräsidenten vor, der mit jedem einzelnen einige Worte wechselte. Besonders herzlich begrüßte der Reichspräsident auch die amerikanischen Marineoffiziere. Als Reichspräsident v. Hindenburg und Dr. Edener darauf auf dem Balkon des Saales traten, brach die herrliche Menge in ungeheuren Jubel aus. Nach kurzer zwangloser Unterhaltung dankte Reichspräsident v. Hindenburg Dr. Edener und der Luftschiffbesatzung für ihren Besuch und wünschte ihnen weiter beste Erfolge für ihre Arbeit. Kurz vor 1 Uhr nachmittags war der Empfang beendet.

„Zeppelin“ wieder auf der Heimfahrt.

Staaken, 6. November.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute morgen bei bestem Himmel und einer stillen See um 7.05 Uhr unter dem Jubel der Zuschauer zur Heimfahrt nach Friedrichshafen abgefahren. Trotz der frühen Morgenstunden waren zahlreiche Personen am Startplatz erschienen, um das grandiose Schauspiel zu genießen. Im übrigen herrschte am Montag und in der Nacht zum Dienstag Weltstille. In Staaken, sämtlichen Lokalen hatten die Nacht über geöffnet, ebenso das Postamt, das die Wache von Zeppelinkarten kaum zu bewältigen vermochte. Viele Zeppelinfahrer, die erst spät nachts in Staaken eingetroffen waren, blieben bis zur Abfahrt des Luftschiffes drinnen. Andere waren in Autos und mit den Frühzügen der Eisenbahn herbeigekommen.

„Graf Zeppelin“ gegen 2 Uhr in Friedrichshafen erwartet.

Friedrichshafen, 6. November.

Nach den beim Luftschiffbau Zeppelin vorliegenden Zeitplänen von Nord des „Graf Zeppelin“ war das Luftschiff am 10 Uhr über Gera und um 11 Uhr über Hof. Das Luftschiff wird voraussichtlich den Kurs über Würzburg, Stuttgart, Friedrichshafen einschlagen. Die Ankunft dürfte voraussichtlich um 2 Uhr nachmittags in Friedrichshafen erfolgen.

Minister Dietrich die Förderung der Viehwirtschaft und sämtlicher Nebengewerbe. Das diese anbelangt, so sei der Entwurf eines Viehwirtschaftsgesetzes bereits fertiggestellt. Wie bedeutend die tierische Produktion ist, geht übrigens daraus hervor, daß ihr Wert mit rund sieben bis acht Milliarden jährlich veranschlagt werden kann. Die Viehwirtschaft liege vor allem im Interesse der deutschen Bauern. Gelingen es, auf diesem Gebiet eine qualitativ erstklassige und konkurrenzfähige Ware zu schaffen und auskömmliche Preise dafür zu sichern, so könne man sagen, daß das Schicksal des deutschen Bauern nicht unglücklich sei.

Die preussische SPD-Landtags- fraktion über die Lage in der Eisenindustrie.

Berlin, 5. November.

Nachdem die Bemühungen innerhalb des Interfraktionellen Ausschusses der preussischen Regierungsparteien, einen gemeinsamen Antrag anlässlich der Arbeiterausperrungen im Ruhrgebiet morgen zur Debatte zu stellen, gescheitert waren, trat in den Spätabendstunden die sozialdemokratische Landtagsfraktion nochmals zusammen, um nun auch ihrerseits einen Spezialantrag zu beschließen, der zum Ausdruck bringt, daß die Staatsregierung aufzufordern sei, mit allem Nachdruck auf die Reichsregierung hinzuwirken, daß sie dem Schiedsgericht ihrer Organe Rührung verschaffe und den notwendigen Zwangsdruck der Unternehmung zurückerlasse. Weiter soll mit der Reichsregierung gemeinsam geprüft werden, wie der durch die Massenentlassungen entstandenen riesengroßen Not entgegengekömmt werden könne.

Da nun von fast allen Fraktionen Eingeladungen zu den Arbeitelämpfen im Ruhrgebiet vorgelegt worden sind, dürfte der Landtag morgen noch zu seiner abschließenden Stellungnahme kommen, sondern die Eingeladungen nach längerer Debatte an die Ausschussberatung überweisen.

Zum Stahlhelm-Volksbegehren.

Beachtlich ist das Stahlhelm-Volksbegehren vorberhand verlegt worden. Die Gründe dürften in der Teilhabe zu suchen sein, daß nicht nur politische Parteien, auf deren Unterstützung man rechnete, von diesem Volksbegehren abblenden, son-

dern daß selbst in den nationalen Verbänden wenig Verständnis für solch ein Unterfangen herrscht. So hat erst dieser Tage eine mächtige Führertagung des Weltvolks das Volksbegehren mißbilligt. Durch eine Reihe des braunschweigischen Bundesführers Schröder vom Stahlhelm bekommt die Stahlhelmaktion ein ganz eigenes Gesicht. Der Herr führt u. a. aus:

„Glaubt man denn wirklich, daß der Stahlhelm so leicht sein würde, einen nationalen Präsidenten die geplanten Vollmachten zu übertragen? Es steht vollkommen in unserer Macht, den Volksentscheid zu dem Zeitpunkt durchzuführen, wo die Gewähr gegeben ist, daß wir einen nationalen Reichspräsidenten an die Spitze des Reiches stellen. Darum ist das Volksbegehren nichts anderes, als ein Vorzeichen der nächsten Präsidentenwahl.“

Wir müssen einem Präsidenten, der von den nationalen Massen gewählt wird, andere Vollmachten in die Hand geben, als sie die heutige Verfassung geben will. Wir kämpfen also für einen nationalen Präsidenten mit nationalen Vollmachten!

Der Kampf beginnt mit dem Volksbegehren. Das Volksbegehren soll nur im Volke haften.

Wir dürfen Deutschland nicht wieder zur Ruhe kommen lassen. Die Lage, in der wir uns befinden, gleicht der vom 21. März 1918, als die erklärte Wehrmacht nach langen Jahren wieder in Bewegung gesetzt wurde und die Stützpunkte der Wehrmacht ausgingen, gegen gewaltige Übermacht zu kämpfen. Es gibt für uns kein Zweifel, es gibt für uns nur das Vertrauen zu uns selbst und zur Führung. Es gibt für uns nur noch Angriff!“

Gesamtdemission des französischen Kabinetts.

Paris, 6. November.

Die vier radikalsozialistischen Minister Herriot, Sarrant, Perrier und Lucille traten dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré heute vormittag einen Besuch ab und überreichten ihm ihr Resignationsgesuch.

Kurz darauf haben die Minister beschloffen, dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts zu übermitteln.

Heute Entscheidung über die Finanz- kommission.

Schacht deutscher Delegationsleiter.

Berlin, 5. November.

Der für Montag allgemein erwartete Kabinettsrat, in welchem u. a. auch ein endgültiger Beschluß über Tagungsdatum, Zusammenfassung und Programm der neuen Finanzkommission gefaßt werden sollte, hat nicht stattgefunden, obwohl Reichsfinanzminister Dr. Stresemann seine Amtsgeschäfte heute wieder übernommen hat. Man erwartet nun in politischen Kreisen die Entscheidung für Dienstag, wenn auch noch keine Beratung des Kabinetts angesetzt werden wird. Immerhin ist, wie bekannt, der Meinungsaustrausch der ehemaligen alliierten Mächte über die Reparationsfrage beendet, so daß ein wesentlicher Grund für eine Verzögerung der Angelegenheit nicht mehr vorliegt. Bis heute abend war jedoch eine Antwort der Reparationsmächte in Berlin noch nicht eingetroffen. Es läßt sich daher noch nicht sagen, ob die Londoner Meldung, wonach eine Kollektivantwort aller beteiligten Mächte erteilt werden sollte, zutreffend ist oder nicht.

Die Komminierung von Delegierten für die Finanzkommission in der deutschen und ausländischen Presse beruht, wie wir hören, ausschließlich auf Kombinationen, von denen nach unseren Informationen nur die eine richtig ist, daß der Präsident der Deutschen Reichsbank Dr. Schacht Mitglied des deutschen Sachverständigen-Gremiums ist. Bekanntlich hat die französische Presse vor einigen Tagen die Komminierung Dr. Schachts als Beispiel dafür angeführt, daß Deutschland offenbar nicht gewillt sei, unparteiische Sachverständige in die Finanzkommission zu entsenden.

Die Benennung Schachts ändert aber selbstverständlich nicht das geringste an der deutschen Forderung nach völliger Unabhängigkeit der Wirtschaft- und Finanzexperten, denn diese Unabhängigkeit, die natürlich in jedem Falle nur relativ sein kann, wird von deutscher Seite dahin verstanden, daß keiner der Sachverständigen irgendeine Instruktion seiner Regierung erhält oder gegenüber seiner Regierung irgendwelche Bindungen einget. Das ist bei Dr. Schacht, dessen Finanzpolitik, wie allgemein bekannt, durchaus nicht immer in Einklang mit der der Reichsregierung gestanden hat, hinlänglich bekannt.

Wenn das Programm der Finanzkonferenz auch im einzelnen noch nicht offiziell festgelegt ist, so weiß man doch, wozum es geht: Festlegung der deutschen Schulden nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des Reiches und Festlegung einer neuen Reparationsannullität, die selbstverständlich weit unter den jetzigen Jahreszahlungen liegen müßte, wenn die Änderung des Damesplanes für Deutschland überhaupt einen Gewinn darstellen soll, für den es sich lohnt, Verpflichtungen hinsichtlich der Mobilisierung von Reparations-schulden zu übernehmen.

Ein Kabinettsrat über die bevorstehende Finanzkonferenz dürfte frühestens heute nachmittags stattfinden. Inwieweit die Reparationskommission an der Beantwortung des Problems teilnimmt, wird sich im Laufe der Verhandlungen ergeben, es verheißt sich aber von selbst, daß sich ihre Arbeit nicht ganz umgehen läßt.

Zusammentritt des Reichstages schon am 12. November.

Berlin, 6. November.

Der Reichstag des Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung, daß der Reichstag schon am Montag, den 12. November, zusammentreten und als ersten Gegenstand die Anträge zur Ausperrung und zum Schlichtungsweien beraten soll. In der zweiten Hälfte der Woche wird die außerpolitische Aussprache über den Genf, Reparationen und Weimelandräumung mit den dazu gehörigen Anträgen vom Außenminister Dr. Stresemann durch eine Regierungserklärung eingeleitet. Nach Abschluß der außerpolitischen Aussprache kommen die Anträge auf Einstellung des Bankes des Panzerkreuzers zur Verhandlung. Bald nach dem Zusammentritt des Reichstages wird vom Reichspräsidenten eine Konferenz der Vorstände der großen Gewerkschaften mit den Parteiführern wegen Einstellung eines kommunalpolitischen Ausschusses einberufen werden. Da die acht Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei als Hospitanten zur Wirtschaftspartei hinzugezogen sind, soll die Vertretung in den Ausschüssen entsprechend neu geregelt werden.

Die Förderung der Land- wirtschaft.

Berlin, 5. November.

Der Reichsnährungsminister Dietrich-Baden hat während seiner süddeutschen Reise in Stuttgart vor der württembergischen Landwirtschaft sehr interessante Ausführungen über sein Agrarprogramm gemacht. Er wies insbesondere auf die Fonds im Ernährungsfeld hin, die der Förderung der Landwirtschaft dienen. Im letzten Jahre habe der Produktionsfonds 3 Millionen, der Fonds zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsbildung 1,9 Millionen und der Fonds zur Gewinnung geeigneter Mustertypen für landwirtschaftliche Kraftgeräte und Maschinen 1,25 Mill. M. betragen. Politisch bedeutsam wurden Dietrichs Ausführungen, als er auf die Förderung der Produktion des Kaffees für lange Zeit zu sprechen kam. Er teilte mit, daß die Reichsregierung zum erstenmal im Etat für das Jahr 1929 trotz der gespannten Finanzlage für dieses Programm 20 Mill. M. zur Verfügung stelle, wobei sie sich bewußt sei, daß diese Summe ihrem Charakter nach für 5 Jahre festgelegt werde, die Gesamtsumme für die Förderung der Landwirtschaft also 100 Mill. M. betrage. Als Kern des neuen Programms betrachtete

Die amerikanische Präsidentenwahl.

Berlin, 6. November.

So wichtig der heutige Ausgang der amerikanischen Präsidentenwahl für Europa sein wird, so wenig sehen doch etwa die Parteien diese Wahl unter internationalen Gesichtspunkten. Amerikas Stellung zum Völkerbund, zum internationalen Schiedsgericht, zur Reparationsfrage: das alles sollte doch eigentlich unter den Wahlparolen eine Rolle spielen. Hängt doch auch das Schicksal des amerikanischen Volkes ohne Zweifel zum großen Teil von internationalen Konstellationen ab, von wirtschaftlichen sowohl als auch von politischen. Aber das ist bis heute der amerikanischen Bevölkerung noch wenig zum Bewußtsein gekommen. Die Fragen der auswärtigen Politik sind im Wahlkampf durch andere zweite Ordnung. Das darf uns nicht verwundern, denn in den europäischen Staaten ist es auch erst anders geworden, seit der Weltkrieg und seine Folgen den Völkern die Bedeutung der auswärtigen Politik so fühlbar gemacht haben. Der Weltkrieg selbst kam über die europäischen Völker doch auch wie ein Wetter aus heiterem Himmel, weil sie sich überall mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen, mit Berufs- und Schulfragen beschäftigten, deren Bedeutung natürlich kein Mensch bestreiten wird, aber darüber vergaßen, daß das eigentliche Schicksal jedes Volkes von Krieg oder Frieden in der Welt so grundlegend bestimmt wird, daß hinter dieser Frage allerdings alle anderen zurücktreten haben. Amerika hat zwar am Weltkrieg teilgenommen, und dadurch einen ersten Eindruck von der Bedeutung einer solchen internationalen Katastrophe bekommen. Aber dieser Eindruck steht doch an einem weit hinter den furchtbaren Verfallungen der europäischen Völker zurück. Man fühlt sich im Grunde doch immer noch ziemlich sicher hinter dem tiefen Graben des Atlantischen Ozeans. Man hat ja auch gesagt, und zwar am gründlichsten von allen Europäern und hat verständlich bei weitem die geringsten Opfer dafür gebracht. Das ist ein weiteres Moment, durch das das allgemeine Sicherheitsgefühl gehoben wird. So haben die Präsidentenwahlkandidaten vor allem ihren guten Willen zu bekunden, die wirtschaftliche Lage Amerikas zu erhalten. Selbst während des Krieges war die Gelegenheit zum Geschäftemachen für Amerika außerordentlich günstig. Man ist aus dem Verdienen nie herausgekommen. Allerdings hat man jetzt an den Kriegseinkünften noch hart zu tragen. Doch muß man den Amerikanern das eine lassen, daß sie ihre Steuern ziemlich gerade verteilt haben. Die breite Masse spürt weniger davon als der große Reichtum, und der kann es immerhin tragen, ohne seinen Lebensstandard empfindlich einschränken zu müssen. So läuft denn die Menge in den Wahlversammlungen den Rednern vor allem gespannt, was sie über die Prosperität zu sagen haben.

Der Gouverneur von New York betonte vor allem soziale Fragen. Er hoffte, die Stimmen der Arbeiter sich zu gewinnen, und es dürfte ihm das auch zum erheblichen Teile gelungen sein. Er sprach ferner von einer Verringerung der Steuern für die breiten Massen und von Frauenstimmrecht. Ferner ist er Katholik und bedeutet deshalb, auch ohne daß er viel Aufhebens davon macht, eine Verheißung für die katholischen Kreise. Diese würden sich von einem katholischen Präsidenten allerdings demeritieren, insbesondere bei der

Die Folgen der Aussperrung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie

Essen, 6. November.

Die Auswirkungen der Aussperrung in der Metallindustrie werden sich beim Bergbau bald zunehmend bemerkbar machen, da 25-30 Proz. der Produktion der Röhren von der Eisenindustrie verbraucht werden. Auf den Röhren der Vereinigten Stahlwerke sind bereits Festschichten eingelegt worden und auch im übrigen Bergbau dürfen diese bald folgen. In führenden Kreisen hofft man mit 1-2 Festschichten in der Woche auszukommen. Heute nachmittag findet die Zusammenkunft der Oberbürgermeister des von der Aussperrung betroffenen Gebietes in Essen statt. Es soll hierbei eine Aktion zur Unterstützung der durch die Aussperrung betroffenen Arbeiter unternommen werden. Auch im preussischen Landtag sind die Arbeiteraussperrungen im Ruhrgebiet zum Gegenstand von parlamentarischen Aktionen gemacht worden. Die Regierungsparteien, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum verhandeln gegenwärtig noch über einen gemeinsamen Antrag zu dieser Frage. Das Zentrum hat jedoch schon eine Interpellation eingebracht, in der die Aussperrung von weit über 200 000 Arbeitern im Ruhrgebiet als „willkürliche Entlassungen“ bezeichnet und das Staatsministerium gefragt wird, ob es bereit sei, die Reichsregierung zu veranlassen, dafür Sorge zu tragen, daß verbotlich erklärte Schiedssprüche von den Tarifvertragsparteien durchgesetzt werden. Die Reichsregierung soll ferner durch sofortige geeignete Maßnahmen die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter durchsetzen und den ausgesperrten Arbeitern für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit geeignete Arbeitslosenunterstützung zahlen.

Die Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Berlin, 6. November.

Unabhängig einer Entscheidung im Spruchverfahren hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingehend die Frage geprüft, ob Arbeitnehmer, die von der Massenentlassung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie betroffen sind, Arbeitslosenunterstützung erhalten können. Er muß jedoch diese Frage verneinen. Er betrachtet die Massenentlassung als eine Aussperrung. Arbeitslose, die ausgesperrt sind, dürfen aber nach § 4 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes während der Dauer der Aussperrung keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Dabei ist es nach dem Gesetz unerheblich, ob die Aussperrung unter Tarifschutz erfolgt ist oder nicht.

Beziehung der Staatsämter, versprochen. Aber die Aussichten erwiesen sich trotzdem für Herrn Hoover als die günstigsten. Unter der Führung der republikanischen Partei ist Amerikas Wirtschaftslage mäßig gelitten. Wie leicht hätte ein Wechsel der Regierungspolitik da eine Verschärfung bringen können. Die republikanische Partei ist nach wie vor dem Völkerverbund gegenüber zurückhaltender als die demokratische. Völkerverbund aber ist für den Durchschnittsamerikaner nichts anderes als unnütze und bedenkliche Verwicklung in rein europäische Angelegenheiten. Da läßt man lieber die Finger

Die christlichen Gewerkschaften zum Eisenkonflikt.

Düsseldorf, 6. November.

Auf Einladung des Bezirksrates der christlichen Gewerkschaften für den Stahl- und Landkreises Düsseldorf versammelten sich vorgestern nachmittag in Düsseldorf die Gewerkschaftsführer von Stahl und Land, um zur Lage in der Eisenindustrie Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der überaus ersten Beratungen wurde in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, in der es u. a. heißt:

Durch die Waffenkunde der Nordwestgruppe der deutschen Eisen- und Stahlindustrie gegen den 31. Oktober verbindlich erklärten und damit Gesetzestraft erlangten Schiedsspruch erleiden nicht nur Arbeiter und Verbraucher, sondern das gesamte Mittelgewerbe eine schwere wirtschaftliche Schädigung. Der Eisenkonflikt ist daher nicht mehr allein Sache zwischen Metallarbeitern und Eisenindustriellen, sondern ist eine Angelegenheit des gesamten Staatsvolkes gegen eine den Staat bedrohende wirtschaftliche Bedrohung. Höher als einseitige Wirtschaftslösungen stehen der Staat, das wirtschaftliche und geistige Wohl der Volksgemeinschaft. Die christlichen Gewerkschaften und mit ihnen große Bevölkerungsteile sind entschlossen, unter dieser Parole den aufgezwungenen Kampf abzuwehren.

Zum Konflikt in der Eisenindustrie.

Der Verband evangelischer Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen hat sich in seiner Vorstandssitzung vom 3. November mit dem Konflikt in der westdeutschen Eisenindustrie beschäftigt und zu ihm durch folgende Entschließung Stellung genommen:

Nachdem der angestrichelte Röhren der Metallarbeiter erfüllt Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden ist, muß die Durchführung der Aussperrung von mehr als 200 000 Arbeitern als ein Vorgang angesehen werden, der geltendes Recht und die Staatsautorität zu untergraben geeignet ist. Wie wir bisher jeden unberechtigten Streik verurteilt haben, so erwarten wir von allen gerecht denkenden Menschen, daß sie diese unberechtigte Aussperrung verurteilen. Von der Reichsregierung erwarten wir, daß sie für Recht und Gerechtigkeit mit aller Entschiedenheit eintritt, damit die dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und darüber hinaus der Volksgemeinschaft drohenden Gefahren vermieden werden. An die Arbeitgeber richten wir den Appell, daß sie die Volksgemeinschaft nicht fesseln, sondern ausbauen helfen. Unsere Vereinstagsleiter bitten wir, daß sie in diesem Kampfe die notwendige Hilfe bewahren und uns unterstützender Tatkraft für den Sieg des Rechtes sich einsetzen.

davon. Was an Europa interessiert, ist nur seine Kaufkraft. Man braucht es als Absatzmarkt. Das hat Hoover sehr deutlich immer wieder betont, und so jetzt dieses Interesse in Frage kommt, läßt sich der Amerikaner auch über die französische Schuldenfrage oder über die deutsche Reparationsverpflichtung belästigen. Man braucht auch einige Einfuhrwaren, wie gerade Hoover betont, die den Lebensstandard Amerikas erhöhen, Leistungen Europas, z. B. auf kunstgewerblichem Gebiete, die man nicht gern entbehren möchte. Und so soll der internationale Handelsverkehr durch die amerikanische

Politik insofern gefördert werden, als Amerika selbst auf ihn angewiesen ist und selbst innerhalb dieses Gebietes laufen oder verkaufen muß. Eine ziemlich nüchterne Rechnung, die Herr Hoover da aufmacht. Die europäischen Völker werden gut daran tun, sich auf dieses nüchterne Rechnen einzustellen und nicht von da abgeleiteten Argumenten zu arbeiten. So sehr Amerika selbst gern mit Sentimentalitäten und Moralpredigten arbeitet, so wenig ist es doch für solche Beweisführung zugänglich, wenn andere damit kommen.

In Europa ist eine ziemlich Aufregung darüber entstanden, ob der neue Präsident „naß“ oder „trocken“ sein würde. Aber auch diese Frage sieht vom amerikanischen Standpunkt anders aus als vom europäischen. Genuß gibt es diesen Parteistimmungen gegen die Prohibition. Als eigentliche Schiedsfrage aber wird sie nicht empfunden. Es hängt das nun einmal mit der Gesamtanfassung des Amerikaners zusammen.

Der Einfluß der Frauen und der Kirchen ist dabei sehr viel größer als bei uns. In diesen Kreisen aber hat die Prohibition ihre Stützen. Der Geschäftsmann und Unternehmer hat im allgemeinen keinen Schaden von der Prohibition. Nüchterne Arbeiter kann man schließlich besser gebrauchen als teinliche. So läßt man die Dinge laufen. Auch streben sich die beiden Kandidaten in dieser Frage nicht so heftig gegenüber, als der Europäer zu denken pflegt. Er mußte sich unbedingt gegen Wiedereinstellung der Röhren und gegen die Wiedereinstellung des Schnapfes festlegen. Alles in allem genommen: die amerikanische Politik wird auf der bisherigen Linie bleiben, nur daß sie nach vollendeter Wahl wieder fester auftreten kann als während der Wahlperiode.

Freispruch im Separatistenprozeß Heines.

Frankenthal, 6. November.

In dem Prozeß gegen den früheren Separatisten Heines aus Gießen in Westfalen, der beschuldigt war, am 3. November 1923 zusammen mit dem Arbeiter Johann Euthaus aus Kallungen zwei deutsche Polizeibeamte durch Revolverschläge getötet zu haben, kam das Schwurgericht Frankenthal zu einem Freispruch, da die Schuld des Heines nicht einwandfrei nachzuweisen war. Dagegen verurteilte sich im Laufe des Prozesses immer mehr der dingebede. Daß der 28 Jahre alte Arbeiter Johann Euthaus, der gleichzeitig mit Heines bei den Separatisten war und der sich zuletzt in Kallungen, die tödlichen Schüsse abgegeben hat. Im Verlaufe des Prozesses teilte das kaiserliche Justizministerium dem Schwurgericht Frankenthal mit, daß die französische Regierung das von der deutschen Regierung gestellte Verlangen auf Auslieferung des Separatisten Euthaus abgelehnt hat. Dieser hatte die französische Regierung aus dem letzten betriebligen Auslieferungswort des Reichsjustizministeriums überhaupt nicht beantwortet.

Das Urteil im Kyriger Prozeß.

Berlin, 6. November.

Im Kyriger Landfriedensbuchprozeß wurde heute das Urteil gegen die Angeklagten verkündet. Der Angeklagte Cordes erhält vier Monate Gefängnis, die Angeklagten Staßfeld, Lieberenz, Bode, Langhoff, Wiegand, Winter, Hüllig, Döbel und Hred drei Monate Gefängnis. Der Angeklagte Heine erhält wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt in zwei Fällen eine

Die Wiedergeburt der Laute.

Die Laute ist seit uralten Zeiten das Weltzeug, mit dem der Sänger dargestellt wird, und seit den Tagen des sagenhaften Orpheus ist dieses Instrument von einer besonders romantischen Stimmung umgeben. Aber wo ist die Laute heute hin? Wer kennt sie noch? Nur ihre geringeren Schwestern, die Mandoline oder Gitarre, werden gespielt, während die Laute selbst, die Jahrhunderte hindurch dieselbe Bedeutung hatte wie etwa heute das Klavier und für die eine ungeheure Menge wertvoller Musik geschrieben worden ist, aus unserer Musikwelt ganz verschwunden ist. Nun machen sich die ersten Anzeichen dafür bemerkbar, daß wir auf eine Wiedergeburt der Laute hoffen dürfen. Insbesondere in England, in dem kleinen Dorfe Haslemere, lebt ein deutscher Musiker und Instrumentenmacher Arnold Dolmetsch, umgeben von einer ebenso musikalischen Familie, von Schülern und Freunden, der seine Lebensaufgabe darin sieht, die Wunderwelt der alten Instrumente wieder zum Tönen zu bringen, indem er diese Musikinstrumente baut und selbst mit den Saiten spielt. Mithin gibt es ein Musikstück, auf dem seltsame und heute fast verlorene Instrumente ertönen, und unbekannte Meisterwerke der Musikgeschichte ihre Aufregung erleben. Man fühlt, daß das Wort nicht etwas Ähnliches ganz zu Anfang gewesen sein muß, wenn auch freilich in größerem Maßstab, schließt ein Teilnehmer in einem großen englischen Blatt, und dieser echte Musikergel, der hier im stillen eine so gewaltige Arbeit vollbringt, ist nun auch dabei, die Laute von neuem zu entdecken. Dolmetsch hat lange Jahre die Laute studiert und mit ihr Versuche angestellt, bevor er bei dem diesjährigen Fest ein Lautenkoncert mit großem Erfolg vorführte. Ob es in dem letzten Jahrhundert, bevor dieser deutsch-Engländer wieder zur Laute griff, überhaupt Spieler auf diesem Instrument gegeben hat, ist zweifelhaft. Er selbst die Laute jetzt einen seiner Söhne und

einen anderen Schüler, und außerdem gibt es noch in England ein paar Menschen, die bereits Lauten besitzen und sich auf ihnen vernünftigen lassen. Im ganzen sind etwa zehn Lauten aus der Welt der Dolmetsch verkauft worden, und da es sonst keine Lautenmacher mehr in der Welt gibt, so werden das wohl die einzigen sein, die bisher ertönen. Die Wiederaufnahme des alten Instrumentes findet aber großen Anklang in der Musikwelt. Der Lautenbesitzer hat auch in Deutschland bereits einige Musiker gefunden, die nach Haslemere kommen wollen, um sich dort im Lautenspiel auszubilden.

Die Laute, die bereits auf altgriechischen Grabsteinen erscheint und im frühen Mittelalter das Lieblingsinstrument der Araber war, gelangte mit diesen ritterlichen Sängern nach Spanien und Italien und wurde im 15. bis 17. Jahrhundert das Hauptinstrument der Hausmusik, das dieselbe Stelle einnahm wie heute das Klavier. Doch ist die Laute auch für das große Orchester viel verwendet worden. Von den musikalischen Wundern, die man mit diesem gepupften Saitenspiel zuwege brachte, wird uns bereits in den Mäthen von Tausendundeiner Nacht erzählt, in denen der Sänger, bevor er sein Lied anstimmt, erst ein Präliminar in verschiedenen Tönen ertönen läßt. Man konnte die schwierigste Musik auf diesem Instrument spielen; so hat Bach z. B. eine Partita für die Laute geschrieben, und die für die Laute geschriebene Musik ist umfangreicher als für irgendein anderes Instrument. Im Orient gibt es noch eine Form der Laute, die nicht mit den Fingern, sondern mit einer Geleierfeder gespielt wird. Die Lautenmusik ist vielfach noch nicht in Noten, sondern in einem besonderen System der Tabulatur geschrieben, und darunter befindet sich Musik, die zu der ältesten Überlieferung gehört und die Bekämpfung der Tabulatur des Arabers mit dem Morgenland zeigt. In den Konzetten wurde die Laute zusammen mit der Viola benutzt, mit dem alten Geigeninstrument, das Dolmetsch ebenfalls zu neuer Wirkung erweckt hat. Gegen Ende des

17. Jahrhunderts verdrängten Klavier und Violine Laute und Viola. Der Engländer Thomas Mace, der einen der ausführlichsten Lautenratte hinterlassen hat, liegt in dem Willmingsgedicht seines 1676 erschienenen Werkes, daß seine teure Laute in letzter Zeit so still und stumm geworden sei und wohl Wehmüt darüber empfinde, weil sie so selten noch in der Öffentlichkeit ertöne. Tannals begann das Ende der Laute, und es war noch so langer Zeit, in der jede lebendige Anteilnahme fehlte, außerordentlich schwierig, die alte Lautenmusik herauszufinden. Dolmetsch hat sich bei seinen Arbeiten eingehend mit der Lautenliteratur beschäftigt, aber selbst die genauesten schriftlichen Angaben lassen sich nicht leicht in die Praxis umsetzen, und so verbrachte er viele Jahre mit Versuchen im Lautenbau und Lautenspiel, bis er eine befriedigende Technik für die rechte Hand gefunden hatte. Die Führung der linken Hand ist leichter. Jedenfalls haben die Lautenkonzerter auf dem Musikfest von Haslemere gezeigt, daß dies uralte Instrument den Freunden der Tonkunst noch immer viel zu geben hat.

Was ist Steinschrift?

Die Vorrichtung des Landeshauptmanns, daß der Volkunterricht mit Steinschrift zu beginnen habe, ist dem Vernehmen nach dahin ausgelegt worden, daß die Kinder das Lesen an lateinischen Großbuchstaben lernen sollten. Das ist ein Irrtum. Der Ausdruck Steinschrift ist der Druckersprache entnommen und bezeichnet eine Schriftart, die von der sogenannten Egyptenne abkam, sich aber dadurch von ihr unterscheidet, daß die Buchstaben am Kopf und am Fuße keine Striche aufweisen, die über die Grundbestandteile hinausgehen. Vgl. dazu: A. Waldow, Illustrierte Enzyklopädie der graphischen Künste, Leipzig 1884. S. 110. Die deutsche Druckersprache, Straßburg 1900.

Die Steinschrift besteht nicht bloß aus Großbuchstaben, und der Landeshauptmann will keine morphologische Schriftart darüber geben, ob das Lesen

zuerst an Großbuchstaben oder an Kleinbuchstaben zu haben sei. Wer überzeugt ist, daß Kleinbuchstaben leichter lesbar sind und darum für den ersten Unterricht geeigneter sind als Großbuchstaben, wird durch den Landeshauptmann in seiner Weise gehindert, das Lesen zuerst an Kleinbuchstaben zu haben.

Verdi's „Trubadour“ mit zwei Gassen. Mit einem erwarteten und einem unerwarteten. Der erwartete war Jinka Wilfan-Runc, die Leontine des Abends. Woher sie kam, meldete der Betitel nicht. Aber die Abende gute, deutliche Aussprache unseres deutschen Idioms verteilte schon die Gläubigen, und nicht minder der weiche, flüssige warme Timbre der Stimme. Wenn man recht unterrichtet ist, kam sie von Agrum, und die Bühnenproben verteilten das sichere Auftreten und die musikalische Beherrschung der Partie. Jedenfalls eine sehr beachtliche Kraft, die man allerdings, falls Engagementabsichten in Frage kommen, ganz nach in einer anderen Partie hören möchte. Gehört doch die der Leontine eigentlich nicht ins Kolortatursch, sondern in das der hochdramatischen Sängerinnen, die Anno dazumal alle auch ausreichende Kolortatursch besitzen mußten, weil sie Partien wie Regina, Donna Anna u. a. zu singen hatten. Ob also Jinka Wilfan-Runc in erster Linie für jene Kolortatursch-Trasurpartien in Frage kommen könnte, wie die Konstanze, Königin der Nacht, Blüme usw., das wäre die Frage. Bei dem leichten Anflug der Stimme sollte man meinen. Der unerwartete Gast des Abends war der Pianico. Max Hugel hatte abgefragt. Sein Name: Orest Kuznetz. Kam von der Opernoper; wie sofort erkenntlich, auch klassischer Typ. Eine große, breitschultrige, schlanke Erscheinung. Wie veranlaßt, daß der Pianico kam. Prachtvolle Stimme! Guter harter Tenorstimme, etwas an Patschke Stimmklang erinnernd. Auch Hugel bereit zu entwirren und Anzeichen von gefangener Leidenschaft (Legato, mezzo voce) vorhanden. Bei jeder feinsten Färbung (sogar) mit einer nicht häufig gebotenen Gelegenheit.

[illegible]

Aus Sachsen.

Nationalsozialistische Anfrage im Landtag.

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat eine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob es auf Wahrheit beruhe, daß Litte der Großen Straßammer beim Landgericht Freiberg vom Oberlandesgericht Dresden aufgehoben worden seien, weil die Kammer unvorschriftsmäßig befiehlt gewesen sei, und ob ferner diese unrichtige Befehls dem Justizministerium zur Last falle.

Siebente Gesamtsitzung der Landwirtschaftskammer.

In Anwesenheit zahlreicher Regierungskommissare trat heute Abend um 11 Uhr die Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer im Landtaggebäude zu ihrer Siebenten Gesamtsitzung zusammen. Zu der Präsident Bogelmann wegen dringender auswärtiger Geschäfte am Erscheinen zu Beginn der Sitzung verhindert war, wurde sie vom stellvertretenden Präsidenten Friedrich mit begründeten Worten ersetzt.

Dann gab Hofrat Direktor Schöne den Bericht des Vorstandes über die Befolungsordnung für die Beamten und Beamtinnen der Landwirtschaftskammer, die sich an die gesetzlichen Bestimmungen anlehnt. Nach einer Aussprache wurde die Vorlage gegen neun Stimmen angenommen.

Hierauf berichtete Gutbesitzer Arnold (Oberlangwitz) über die wirtschaftliche Belastung der Landwirtschaft durch die hohen Preise für elektrische Kraft. Der Berichtshalter führte kluge Überlegungen über die hohen Strompreise, die sich selbstverständlich auf die Wirtschaftskosten für die landwirtschaftlichen Produkte ungünstig auswirken müßten. Hierauf wurde, daß fast in jedem Bezirk eine andere Preisfestsetzung erfolge. Unterziehe man die Preistabelle der einzelnen Werke einem Vergleich, so könne man auf die fahrlässigen Verhältnisse. Der Berichtshalter war der Meinung, daß es möglich sein müsse, dem Strom der Landwirtschaft, ihrer Eigenart Rechnung tragend, zu einem entsprechenden Preise abzugeben und dadurch der Landwirtschaft täglich fühlbare Hilfe zu leisten. Die Landwirtschaft verlange keine Bevorzugung, sondern nur gleichmäßige Behandlung mit den anderen Berufsständen. Sie fordere dieselbe Vergünstigung, wie man sie der Industrie gewähre. Der Berichtshalter schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an die Regierung, einzutreten, damit sofort Abhilfe geschaffen werde. Der Berichtshalter v. Borberg-Meinewald, der die gleiche Forderung erhob, betonte insbesondere die Wichtigkeit der Strompreissenkungen in Sachsen. — Über die weiteren Verhandlungen werden wir morgen berichten.

Unlogische Politiker.

Die „Leipziger Neue Zeitung“ beschließt sich in einem Artikel „Die sächsische Koalition“ auch mit dem Ministerpräsidenten selbst. Er steht in ihm demjenigen, der die eigentliche Schwierigkeit in der Koalition hervorruft. Dabei hält sie ihm alle vernünftigen Einsichten vor, u. a. auch seine Stellungnahme zum Parteifreierbau.

„Doppelt merkwürdig“, so schreibt das Blatt, „war die Tatsache, daß es sich nicht um sächsische, sondern um Fragen der Reichspolitik handelte, bei denen Herr Heide glaubte, einen Kurs einschlagen zu müssen, der von der Mehrheit des gegenwärtigen Landtages keineswegs gebilligt wird. Bei der Abstimmung über den Bau des Parteifreierbaues A im Reichstage wurde der Vertreter Sachsens angewiesen, sich dem preussischen Einpruch nicht anzuschließen, und Herr Heide erklärte im Landtage mit einer deutlichen Spitze gegen seinen preussischen Amtkollegen, daß er seine Aufgabe nicht darin erblicke, der damaligen Reichsregierung, nämlich dem Reichskabinett Marx-Neubell, Schwierigkeiten zu bereiten. Im übrigen machte er sich bei der Begründung seiner Haltung zur Parteifreierfrage die sogenannte Ausschöpfungstheorie zu eigen, die darauf hinausläuft, daß wir Parteifreier bauen müssen, weil uns das von unseren früheren Feinden gerade noch erlaubt wird. Dieser Standpunkt ist schon im Reichstage zutreffend als die Auffassung der Massen und Freigelassenen charakterisiert worden, die alles tun, was ihnen nicht geradezu verboten ist und gar nicht das Bedürfnis empfinden, sich ein selbständiges Urteil über die Zweckmäßigkeit ihrer Handlungen zu bilden. Diese Ausschöpfungstheorie wird von allen abgelehnt, die Wehrfragen nicht nach politischen Schlagworten, sondern vom Gesichtspunkt der tatsächlichen Bedürfnisse und Interessen. Sie paßt freilich ausgezeichnet in den Streifen der Theorie des „Widerstandes“, jener famosen Erfindung des Herrn Heide, in der inzwischen auch Herr Heide ein Haar gefunden haben dürfte. Bedauerlicherweise hat die demokratische Landtagsfraktion es unterlassen, die von Herrn Heide vor aller Öffentlichkeit gegebene Begründung seiner Haltung öffentlich zurückzuweisen.“

Bedauerlicherweise? — Nein, klugerweise. Denn schließlich wußte diese Landtagsfraktion, was ein demokratischer Parteifreierbau nicht zu wissen braucht, daß die eigene demokratische Partei diesem Parteifreierbau nicht nur 1927, sondern auch 1928 zugestimmt und damit sich beständig bekümmert wie der Ministerpräsident Heide schuldig gemacht hat. Sie wußte auch, daß die demokratische Partei außer ungehalten war, als die sozialdemokratische Opposition sich stürmisch gegen die Zustimmung ihrer Reichsminister zu diesem Parteifreierbau wandte. Aber, wie betont, die Nationalsozialistische Politik der eigenen Partei wird bei Politikern vom Schlage des „Neuen Leipziger“ zu einer Dummheit, wenn sie von anderen geübt wird. Nun hat zwar keine geringere als die sozialdemokratische Presse, insbesondere die „Leipziger Volkszeitung“, diesem Blatte immer wieder beschuldigt,

Die Sächsische Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus.

Zum zweiten Male verfaßt die Landeshauptstelle einen von Generaldirektor Reichert II. Hie mann erstatteten Bericht, der die Zeit vom 1. April 1927 bis 31. März 1928 umfaßt. Nach einem kurzen allgemeinen Rückblick werden Einzelberichte gegeben. Der Abteilung Trinksäfte steht Prof. Dr. med. Gessner vor. Hier wird nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß sichere Erfolge auf diesem Gebiete nur in jenen Orten erzielt werden können, in denen sich eine entsprechende alkoholgegnerische Bewegung befindet, wobei noch die Zusammenarbeit der amtlichen mit der freien Wohlfahrtsbewegung von Wichtigkeit ist. Die Abteilung Unterricht und Erziehung (Leiter: Studentin E. Werbig) beschäftigt sich u. a. mit der Schaffung der Stelle eines Wanderlehrers. Ein wissenschaftlich-praktischer Lehrgang über die Alkoholfrage fand mit gutem Erfolge in Chemnitz statt. Dringend notwendig ist ein besserer geistlicher Schutz der Jugend vor der Alkoholgefahr. In fünf Orten wurde unter Prof. Dr. phil. Reubers Leitung die staatliche Wanderausstellung für die Allgemeinheit ausgearbeitet (im Berichtsjahre insgesamt 42 236 Besucher). Die besonders für Hausfrauen, aber auch für Gärtner, Bauwirte usw. wichtige gärtnerische Früchtereierzeugung wurde insbesondere durch Vorträge und einen Film eine kräftige Förderung. Geleitet wird diese Abteilung von Frau Gustav v. Wägher. Im Anhang des Berichtes finden sich Sonderberichte aus dem Gebiete der Trinksäfte für Dresden von Stadt-Obermedizinalrat Dr. Frataun bearbeitet, die das Gesamtbild der Tätigkeit der Landeshauptstelle weiter vervollständigen. Der Bericht wird auf Wunsch der Mehrheit der Sächsischen Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus, Dresden-K. 1, Bismarckstraße 29, II., abgegeben.

daß es verstanden habe, „durch Rechts- und Linksstreichen und durch geschickt aufgezogenen Schmutzrevolutionismus im proletarischen Würgerum ohne Klassenbewußtsein seine hohe Leierzahl zu erreichen“. Will vor wenigen Tagen hätte sie wieder ein Schulbeispiel dafür an, wie dieses Blatt es fertig bringt, heute das Gegenteil von dem zu schreiben, was es gestern noch behauptet hat. Das hindert leider die sozialdemokratische Presse nicht, dieses Blatt häufig als Kronzeugen in ihrem Kampfe gegen die sächsische Regierung zu benutzen.

Aus der Messstadt.

Die Buchdrucker Leipzigs erhalten keine behördlichen Druckaufträge. Die Leipziger Druckkammer hat in einer am Montag einstimmig gefaßten Entschließung den Inhalt eines Schreibens aufgegeben, in dem entsetzener Protest gegen die offensichtlich mangelnde Berücksichtigung Leipzigs bei der Vergütung von Druckaufträgen durch Behörden erhoben wird. Das Schreiben ist auf Anforderung des sächsischen Wirtschaftsministeriums verfaßt und an dieses Ministerium gerichtet. Der Protest wendet sich namentlich gegen das Parteifreierbaugesetz, gegen die Erteilung behördlicher Aufträge ausschließlich an solche Betriebe und hauptsächlich auch gegen die Überplanung der Konfurrenz, die der Privatwirtschaft durch die Reichsdruckerei gemacht wird. Die Reichsdruckerei wird heute schon offen um Druckaufträge aus Kreisen der Privatwirtschaft. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß in den letzten 50 Jahren von keiner Behörde noch Aufträge an die großen Leipziger Buchdruckereien wegen der Ausführung von Buchdruckerarbeiten gelangt sind.

Der amerikanische Konsul in Leipzig gestorben. Nach langem schweren Leiden ist heute im 62. Lebensjahre der Konsul der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Leipzig, Herrmann de Soto, gestorben.

Schwindelunternehmen in der Adreßbuchbranche. Die Landeshauptstelle Leipzig hat in ihrer Montag-Gesamtsitzung eine Entschließung gefaßt, in der vor den Ausgaben schwindelhafter Adreßbücher gewarnt wird. Anlaß zu diesem Beschlusse der Landeshauptstelle gab die Tatsache, daß über einen einzigen Leipziger Adreßbuchverleger der nicht seltenen Sorte mehr als hundert Beschwerden bei der Leipziger Landeshauptstelle eingegangen sind. U. a. sind auch Beschwerden aus dem Ausland gekommen, aus denen zum Teil hervorgeht, daß das Gebot dieses Verlegers zum Abbruch von geschäftlichen Beziehungen mit deutschen Firmen überhaupt geführt hat. — Leider ist in der Landeshauptstelle der Name dieses schwindelhaften Unternehmens nicht genannt worden.

Strafantrag im Winter-Projekt. Im Beitragsprojekt gegen den sogenannten „Beitriebsmangel“ wußte Winter heftig der Staatsanwalt heute den Strafantrag. Der Antrag lautet wegen fortgesetzten Betruges auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis und 30 000 M. Geldstrafe. Die Geldstrafe, so erklärte der Anklagevertreter, sei deshalb relativ niedrig gehalten, weil sie doch von dem Angeklagten Winter bezahlt werden müsse. Winter hat nach der Anklage den Besitzern von rotgeprägten 1000-Mark-Scheinen vorgelegt, diese Scheine könnten aufgewertet werden, und er kenne die Möglichkeit, diese Aufwertung durch Führung gewisser Prozesse zu bewerkstelligen. Die Anklage steht als erwiesen an, daß diese Behauptungen wider besseres Wissen aufgestellt worden sind. Staatsanwalt Winter erklärte u. a., im Falle Winter haben wir die Eigenartlichkeit, daß es Tausende und Abertausende von Betrügern gibt, die alle bereit sind, zu erklären: „Wir sind nicht betrogen“, und dabei handelt es sich um weiter nichts als Repp und Betrug. Winter ist nach meiner Überzeugung ein großer Schachlot, Räuber und Betrüger, ein Mensch, der, wenn man die Prozeduren abrechnen, noch mindestens 10 000 M. übrig behält, und der jetzt trotz dieses Vermögens von seinen Gläubigern ein Sondersteuer von 3 M. pro Kopf als Projektionsbeitrag sich zu fordern erdreistet.

Neuorganisation der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus.

Unzweifelhaft vollzieht sich seit einigen Jahren eine grundlegende Wandlung in der Stellung weiterer Kreise unseres Volkes zur Alkoholfrage. Das äußert sich deutlich in der Tatsache, daß der Kreis derjenigen Vereinigungen, die in irgendeiner Weise gemeinsam mit der bisherigen Alkoholgegnerverbänden die Alkoholgefahr bekämpfen wollen, immer größer wird. Ihren organisatorischen Niederschlag hat diese Entwicklung in der letzten beendeten Umgestaltung der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus, der Spitzenorganisation der Alkoholgegner, gefunden.

In der Sitzung des Hauptauschusses der Deutschen Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus, die am 16. Oktober d. J. in Berlin stattfand, wurde die neue Satzung dieser Körperschaft angenommen. Danach haben außer den eigentlichen alkoholgegnerischen Verbänden von nun an auch die Spitzenorganisationen der freien Wohlfahrtsbewegung in der Reichshauptstelle d. d. K. Sitz und Stimme, und zwar sind dies:

1. Zentralkomitee für Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche,
2. Deutscher Caritas-Verband,
3. Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden,
4. Röntgen-Wohlfahrtsverband,
5. Zentralwohlfahrtsstelle der christlichen Arbeitervereine,
6. Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt,
7. Bund deutscher Frauenvereine,
8. Vereinigung evangelischer Frauenverbände Deutschlands,
9. Katholischer Deutscher Frauenbund.

Leichtgläubige Frauen. Der Leipziger Kriminalpolizei war es am 29. Oktober gelungen, in Leipzig wegen Betrugs und Urkundenfälschung mehrfach vorbestrafter Betrügerin Johanna Hielmann aus Bries selbsteingefangen. Unter der Last des inzwischen herbeigeschafften Materials hat der Verhaftete nunmehr ein volles Geständnis abgelegt. Hielmann hatte, nachdem er sich in der Schweiz und in Österreich durch Betrugsereignisse in den Besitz namhafter Geldmittel gesetzt hatte, sein Arbeitsfeld am 2. September nach Leipzig verlegt. Durch ein ausgebreitetes Netz von Agenten lernte er in Leipzig eine Dame kennen, die er nach kurzer Zeit der Bekanntschaft um 1000 M. betrog. Zu gleicher Zeit handelte er in Verbindung mit einer Dame aus Wernburg, der er ebenfalls unter Vorpiegelung falscher Tatsachen einen größeren Geldbetrag zu entlocken verstand. Zugewiesen war die Leipziger Kriminalpolizei dem Betrüger auf die Spur gekommen, und es gelang ihr am Tage seiner Festnahme, die Auszahlung von zwei für ihn bestimmten Einzahlungsbefehlen, welche Geld enthielten, zu verhindern. Der Betrüger, der verheiratet ist, hat es mit großem Geschick verstanden, seine Schwindelereien vor seiner Ehefrau zu verbergen.

Ein folgenschwerer Motorradunfall. Zwei Autos im Straßenkampf. Der Personale betriebl. Am Sonntagvormittag ist an der 8. Kurve bei Trebnitz ein Motorrad mit einem Kraftwagen zusammengefahren. Das Motorrad stürzte und sein Fahrer und dessen Sojus wurden schwer verletzt. In diesem Augenblick kam ein nur mit dem Fahrer besetztes Auto aus Leipzig in die Kurve; der Fahrer riß das Steuer herum und der Wagen schlug in den Straßenkampf; der Wagenführer wurde verletzt. Kaum hatte sich dieser Unfall ereignet, als von der Gegenfahre her auf der Grömmischen Chaussee ein anderes Auto in die Kurve fuhr; auch dieser Wagen wurde herumgerissen und geriet in den Straßenkampf und auch dieser Chauffeur ist verletzt worden. Alle vier Verletzten befinden sich im Krankenhaus.

Aus Chemnitz.

Sächsischer Stenographenverband. Der Sächsische Stenographenverband hielt am Sonntag und Sonntag unter Leitung des Vorsitzenden Herrn Regierungsrat Trause seine Herbstversammlung in Chemnitz ab. An ihr nahmen außer 50 Vertretern der angeschlossenen 15 Unterverbände und drei Gastgruppen aus dem Ehrenmitglied des Verbandes, Regierungsrat Ahner, Dresden, und der Bundesvorsitzende Regierungsrat Dr. Blauer, Dresden, teil. Zur Frage der Stenographenvereine folgte die Verlesung folgender Entschließung: „Der Sächsische Stenographenverband dankt dem sächsischen Kultusministerium und dem Wirtschaftsministerium dafür, daß sie dem Gedanken der Stenographenvereine ihre lebhafteste Interesse entgegengebracht und damit den allgemein bildenden und wirtschaftlichen Wert der Schrift anerkannt haben. Er überträgt die Durchführung der Schriftreformen den Gewerkschaften und bittet die Schulbehörden sowie die Lehrerschaft um freundliche Mitwirkung. An die Elternschaft richtet er das Ersuchen, auch ihrerseits die Kinder anzuhängen, sich in der Kenntnis und Anwendung der Einheitschrift möglichst weitgehend zu vervollkommen. In einer Unterabteilung versammelte besprach Oberlehrer Arnold, Chemnitz, die wünschenswerte Vorbereitung für die Schriftreformen vor der Landeshauptstelle gegen den Alkoholismus unter besonderer Berücksichtigung der Chemnitzer Ergebnisse. Eine angeregte Aussprache fand über system-theoretische Fragen statt, wobei der als Schriftführer der Einheitschrift und als Stenographischer Praktiker bekannte Regierungsrat Schödl, Darmstadt, wertvolle Ausführungen machte. Auf einer festlichen Veranstaltung des Stenographenverbandes von Chemnitz und Umgebung zeichnete der Sächsische Stenographenverband zwei um die Stenographische Sache in ganz Sachsen besonders verdiente Chemnitzer Mitglieder aus, indem er Schuldirektor Schlerand die silberne und Stadtmann Wölfer die bronzene Gabe-Denkmalchen verlieh.“

Betrügerische Sammelkarte für die Heilarmee. In den letzten Monaten ist hier eine aus Werbegeld gebildete, jetzt noch fälschliche 20 Jahre alte

Arbeiterin als betrügerische Sammelkarte für die Heilarmee aufgetreten. Sie war von dieser nicht beauftragt und hat die erhaltenen Spenden für sich verwandt. Zum Zwecke der Sammlung hatte sie ein kleines Buch bei sich, in dem sich auf der inneren Seite das Bild einer Frau in Schwermetalltracht sowie die Worte „Für die Armen der Stadt zum Heilmittel, bitte Geld für die Armen!“ und der Stempel „Heilarmee Chemnitz“ befanden. Zuletzt war die Betrügerin am 4. v. M. in Kutzwalde aufgegriffen.

Anfall oder Verbrechen? In den frühen Morgenstunden des Sonntag wurde in einem Gutshof in Oranien ein 24 Jahre alter aus Buchholz stammender Arbeiter unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen der Kriminalpolizei Chemnitz haben ergeben, daß sich der betreffende Arbeiter bis 12 Uhr nachts bei seiner Geliebten, die auf dem Gutshof beschäftigt ist, aufgehalten hat. Die Todesursache konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden, vielmehr dürfte darüber erst die Section der Leiche nähere Aufschlüsse geben.

Stetiger Tod. Am Sonnabend ist ein 44-jähriger verheirateter Beamter des städtischen Elektrizitätswerkes in einer in Rathau gelegenen Kneipe dadurch tödlich verunglückt, daß er sich an einer dortigen Transformatorstation einer 6000 Volt starken Hochspannung zu schaffen machte und versehentlich unterliefen hatte, das Einführungslabel vorher auszuwechseln.

Aus Stadt und Land.

Bauern. Zu den Massenbühnenherkrankungen in Bauern Schulen teilt das sächsische Gesundheitsamt mit, daß in den letzten 14 Tagen insgesamt 27 Erkrankungen vorgekommen seien. Auch in früheren Jahren habe der Herbst eine Zunahme der Diphtherie gebracht. Doch trete die Krankheit diesmal seltener als sonst auf. Große Bedenken erwecke die erhöhte Zahl der Todesfälle. Zum Schließen der Schule liege jedoch noch keine Veranlassung vor.

Berggipfel. Am Sonnabendabend sprach im „Stern“ in Berggipfel vor einer überaus zahlreichen Versammlung der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens Arthur Ahnraun, über die Ziele und das Streben des Jungdeutschen Ordens. Bürgermeister Landgraf sprach dem Hochmeister seinen Dank aus für die vom Jungdeutschen Orden der Stadt Berggipfel anlässlich der Hochwasserkatastrophe im Juli 1927 geleistete wertvolle Hilfe.

Kriminal-Ergebnis. Nach Mitteilung des Chemnitzer Kriminalamtes ist am Sonntag in einem hiesigen Gutshof ein 24 Jahre alter Arbeiter aus Buchholz, der mit einer Wirtschaftsgelasse in Liebesverhältnis unterhalten hatte, unter verdächtigen Umständen tot aufgefunden worden. Die Untersuchungen haben noch keine Klärung herbeigeführt, es natürlich der Tod erfolgt ist oder ein Verbrechen vorliegt.

Burgfried. Am Sonnabendmittag wollten die 30 Jahre alte Ehe Kreisel und ihre 24 Jahre alte Ruffine Kartha Kreisel vom hiesigen Bahnhof nach Chemnitz fahren. Die Mädchen hatten sich bei dem herrschenden Andrang sehr nahe an die Gleise gestellt und wurden von der Lokomotive erfasst. Kartha Kreisel wurde auf den Perron zurückgeschleudert und erlitt leichte Verletzungen. Ehe Kreisel jedoch kam unter die Räder zu liegen, wurde ein Stuhl mit fortgeschleift und erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat.

Hamroba. Die von mehreren Wäldern gebachte Wölfe, daß der Naturpark auf gutem Wege in Hamroba vom Schlege betroffen worden sei, trifft nach Erkundigung der Thüringer Korrespondenz an zuständiger Stelle nicht zu.

Hofbesitzer. Rentant übernahm hat der Spar- und Sparkasse Kaufmann seit 1926 bis jetzt 40 000 M. veruntreut. Übermuth befreite viele Spendener und spielte im öffentlichen Leben eine große Rolle.

Klingenthal. Wie in der letzten Stadtratsversammlung mitgeteilt wurde, beschäftigt die Stadt auch die Deckung des Schulbetrages aus dem Haushaltplan 1927/28 die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 79 000 Mark. Die Kreishauptmannschaft macht die Genehmigung für die Aufnahme der Anleihe davon abhängig, daß die Zuschüsse zur Grund- und Gewerbesteuer von 100 auf 150 Prozent erhöht werden und weiter Schulgebäude- und Straßenreinigungsbeträge eingespart werden. In der Aussprache über diese Sachlage wurde von bürgerlicher Seite der Antrag gestellt, mit der Kreishauptmannschaft in dem Sinne zu verhandeln, daß sie, im Hinblick darauf, daß Klingenthal ein Landgemeindegemeinde ist, die Genehmigung zur Aufnahme des Darlehens auch ohne Erhöhung der Steuerzuschüsse erteilt, andernfalls aber die Entscheidung in dieser Sache der Gemeindevorstand zu überlassen. Dieser Antrag fand mit den bürgerlichen Stimmen Annahme; die sozialdemokratische Fraktion hatte sich der Stimme enthalten.

Reichsminister. Bürgermeister Heinrich Keller ist von den Gemeindevorständen auf weitere sechs Jahre für sein Amt wiedergewählt worden.

Kulda. Der Rentier Karl Josef Seifert in Kulda bei Freiberg feiert am 8. November im Jubiläum seinen 100. Geburtstag.

Witten. In der letzten Stadtratsversammlung erklärte Bürgermeister Dr. Wagner, daß er beabsichtigt, um weiteren Anzügen seitens der Linken die Spitze abzubreaken, gegen sich das Disziplinungsverfahren bei der vorgeschlagenen Behörde zu beantragen. Dies ist auch geschehen. Nunmehr ist von der Kreishauptmannschaft Kulda folgender Bescheid eingegangen: „Die Kreishauptmannschaft Kulda hat keine Veranlassung gefunden, auf Grund ihres Vorgehens vor der Kreishauptmannschaft am 22. Oktober 1928 und des von ihnen überreichten und hier eingehend geprüften Materials gegen Sie das von Ihnen beantragte Disziplinungsverfahren zu eröffnen“ (folgt Unterschrift).

Darum geht hervor, daß sich Bürgermeister Dr. Wagner keinerlei Nachlässigkeiten in seiner Amtsführung hat zuschulden kommen lassen.

Juidau. In einer Gastwirtschaft in der Glaukauer Straße kam es zwischen mehreren jungen Leuten zu einem heftigen Wortwechsel, in dessen Verlauf ein 30 Jahre alter Kraftwagenführer einen heftigen Schlag über den Kopf erhielt, so daß er bewusstlos zusammenbrach. Der Verletzte ist bald darauf im Krankenhaus den Folgen des erlittenen schweren Schädeltraumas erlegen.

